



1. Oktober 2026

Auslandsbüro Bosnien und Herzegowina

Einblicke

Bosnien und Herzegowina vor den Wahlen am 4. Oktober 2026

**Zwischen politischer Polarisierung, historischen Belastungen
und EU-Perspektive**

Von Adrian Karb und Stephan Raabe

Am 4. Oktober 2026 finden in Bosnien und Herzegowina (BiH) allgemeine Wahlen statt. Rund 3,3 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen, über die Zusammensetzung des dreiköpfigen Staatspräsidiums, des gesamtstaatlichen Parlaments, der Parlamente der beiden Entitäten/Teilrepubliken Föderation BiH und Republika Srpska (RS) sowie über die Parlamente in den zehn Kantonen in der Föderation abzustimmen. Die Wahlen finden in einer politisch und gesellschaftlich angespannten Situation statt, die immer noch durch die institutionellen Folgen des Dayton-Friedensabkommens von 1995 und die hohe politische Bedeutung ethnischer Zugehörigkeiten als Bosniake (über 50 %), Serbe (ca. 31 %) oder Kroat (ca. 15 %) geprägt ist.

Versöhnung und gemeinsame Zukunft versus Nationalismus

Eine zusätzliche Zuspitzung erhielt der Wahlkampf durch den Tod des ehemaligen bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladić am 27. August 2026, der mit 84 Jahren in UN-Haft in einem Gefängnis Krankenhaus in Den Haag (Niederlande) gestorben ist. Er war im Bosnienkrieg Oberbefehlshaber der Armee der RS und wurde vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien 2017 nach einem über sechs Jahre dauernden Prozess als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt. Mladić ist maßgeblich verantwortlich für die Belagerung Sarajevos 1992 bis 1996 mit über 11.000 Todesopfern und für den Völkermord an über 8.000 Bosniaken in Srebrenica im Juli 1995. Die Beerdigung dieses Kriegsverbrechers am 7. September in Belgrad mit öffentlichen Ehren von politischer und kirchlicher, serbisch-orthodoxer Seite, an der auch die politischen Vertreter von Regierung und Opposition aus der RS aus BiH teilnahmen, zeigt nicht nur die Gefahr, die weiterhin vom serbischen Nationalismus und Geschichtsrevisionismus ausgeht, sondern reißt auch die tiefen Wunden bei den meist bosniakischen Opfern und ihren Angehörigen auf, vertieft die Spaltung im Land und bedroht die regionale Stabilität. Bis heute gibt es in BiH keine ausreichende völkerübergreifende geschichtliche Aufarbeitung des Krieges, die eine gemeinsame Grundlage für die Erinnerung darstellen könnte. Die EVP-Fraktion im Europaparlament verurteilte die Art und Weise der Beisetzung des Kriegsverbrechers in Belgrad und betonte: „Ohne Wahrheit und Respekt gegenüber den Opfern kann es keine echte Versöhnung geben.“ In ihrer Rede zur Lage der EU am 16. September 2026 im EU-Parlament zeigte sich EU-Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen entsetzt über die Bilder von Mladićs Beerdigung und stellte klar: „Die Verherrlichung von Kriegsverbrechern hat schlicht und einfach keinen Platz in der Europäischen Union.“

Politischer und soziologischer Kontext

Über die historisch-ethnischen Fragen hinaus wird der Ausgang der Wahlen von einer Vielzahl weiterer Probleme bestimmt: von der wirtschaftlichen Entwicklung, der Perspektive der Integration in die EU (und NATO), den Spannungen zwischen gesamtstaatlichen Institutionen und der RS (latenter Separatismus), von Korruption und Klientelismus sowie der Abwanderung insbesondere junger und gut ausgebildeter Menschen.

Ein Grundproblem ist, dass BiH sich auch mehr als drei Jahrzehnte nach Ende des Bosnienkrieges weiterhin in einer politischen Ordnung befindet, deren institutionelle Grundlagen wesentlich durch das Friedensabkommen von Dayton 1995 bestimmt werden. Dieses Abkommen hatte das primäre Ziel, den Krieg mit der Ermordung oder Vertreibung von Bevölkerungsgruppen zu beenden. Andererseits schuf es ein komplexes politisches System, in dem die drei konstitutiven Völkerschaften der Bosniaken, Serben und Kroaten eine grundlegende Rolle spielen, das aber in Teilen dysfunktional und anfällig für Blockaden ist. Vor allem konnte es die durch den Krieg vollzogene Spaltung des Landes in einen serbischen Teil und eine Föderation von Bosniaken und Kroaten nicht überwinden und bedarf seit langem grundlegender Reformen, die bisher auch mit internationaler Unterstützung nicht ausreichend gelangen. Das Land ist in zwei etwa gleichgroße Entitäten/Teilrepubliken gegliedert. In der Föderation BiH mit zehn Kantonen lebten nach dem Bevölkerungszensus von 2013 gut 2,2 Millionen Menschen: ca. 70 % Bosniaken, etwa 22 % Kroaten, nur noch rund 2,5 % Serben und rund 5 % andere. In der RS wohnten nur knapp 1,2 Millionen Menschen: rund 83 % Serben, etwa 13 % Bosniaken und ca. 2,4 % Kroaten.

Die durch den Krieg verursachte Trennung der nationalen Bevölkerungsgruppen im einstmals viel stärker gemischten BiH dauert im Wesentlichen bis heute an. Im Brčko-Distrikt im Norden, der die RS in einen westlichen und östlichen Teil trennt und der einen eigenen Status besitzt, lebten über 80.000 Menschen. Hier ist die Durchmischung der Bevölkerung mit gut 42 % Bosniaken, knapp 35 % Serben und rund 21 % Kroaten erhalten geblieben. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung insgesamt durch Abwanderung und Nachwuchsmangel seit 2013 geschätzt um gut 14 % von rund 3,5 auf unter 3 Millionen Menschen zurückgegangen ist.

Laut der Zentralen Wahlkommission (CIK) sind jedoch für die anstehenden Wahlen 3.414.364 Wahlberechtigte registriert: viel mehr, als es überhaupt Einwohner gibt. Das wirft Fragen hinsichtlich der Verlässlichkeit des Wahlregisters auf. Ein Grund für diese erhebliche Diskrepanz ist, dass volljährige Staatsbürger mit gültigen Dokumenten automatisch im Wählerverzeichnis bleiben, auch wenn sie ins Ausland gezogen sind. Im Ausland können sie per Briefwahl, in einem Konsulat oder in einer Botschaft von BiH wählen oder aber in BiH selbst, was aber in der Vergangenheit nur sehr wenige Auslandsbosnier machten. Laut einem Bericht des Portals Westbalkan Briefing vom 27. September haben sich für die anstehenden Wahlen nur rund 48.000 Wähler im Ausland für die Briefwahl registriert, was einen Rückgang um fast ein Drittel zur Wahl 2022 bedeutet. Hauptursachen dafür sind das komplizierte Verfahren zur Wählerregistrierung aus dem Ausland sowie eine verbreitete Politikverdrossenheit und das mangelnde Vertrauen der Diaspora in die politischen Institutionen und den Wahlprozess in BiH. Nach Schätzungen leben mehr als 1,5 Millionen Bosnier im Ausland, womit BiH einen der höchsten Anteile an Auswanderern im Verhältnis zur Inlandsbevölkerung hat.

Kritik am Wahlkampf

Der offizielle Zwischenbericht der OSZE-Wahlbeobachtungsmission (ODIHR) vom 18. September 2026 zeichnet ein kritisches Bild des Wahlkampfes. Bemängelt werden der Druck auf abhängig Beschäftigte und die starke Fokussierung auf ethnische Gemeinschaften. Politische Kernbotschaften würden systematisch mit identitätsstiftenden und spaltenden Botschaften verknüpft, anstatt gesamtstaatliche Themen zu adressieren. Es herrsche eine ungute Polarisierung vor allem in den sozialen Medien vor. Die unter Zeitdruck eingeführte neue Wahltechnologie werde gezielt in Frage gestellt. Die zentrale Wahlkommission hatte bereits Mitte September über 100.000 Euro an Strafen für missbräuchlichen Wahlkampf verhängt. Rund die Hälfte ging an die serbisch-nationalistische SNSD. Gründe waren die ungesetzliche Ausnutzung öffentlicher Infrastrukturprojekte für den Parteiwahlkampf, wiederholter verfrühter Wahlkampf, der illegale Einsatz von Kindern zu politischen Marketingzwecken und unerlaubte digitale bzw. TV-Aktionen. Andere Parteien wurden mit sehr viel geringeren Summen bestraft. Beobachter kritisieren jedoch, dass diese Strafzahlungen kaum eine abschreckende Wirkung erzielten. Gerade bei den finanzstarken Regierungsparteien würden die Bußgelder bloß als einkalkulierte, geringe Betriebskosten verbucht.

Politische Konstellationen

Bei den anstehenden Wahlen geht es insbesondere darum, wie sich das politische Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen ethnisch-politischen Lagern entwickelt und ob die politischen Institutionen nach der Wahl in der Lage sein werden, die bestehende Blockaden für Reformen zu überwinden.

Seit den Wahlen 2022 führt die kroatische Ministerratsvorsitzende Borjana Krišto (HDZ BiH) eine Sieben-Parteien-Koalition, die von der kroatischen HDZ BiH (8,8 %) über die serbisch-nationalistische SNSD (16,3 %) bis zur „Trojka“ aus der sozialdemokratischen SDP (8,2 %), der konservativen NiP (5,0 %) und der liberalen NS (3,1 %) sowie zwei weiteren Kleinparteien (US 1,6 %, BHI 1,3 %) reicht. Die Koalition ist seit 2023 durch den Separationskurs der Teilrepublik RS unter dem Präsidenten Milorad Dodik (SNSD) und seiner Regierungskoalition belastet, der zur schwersten Staatskrise seit dem Frieden von Dayton 1995 führte.

Die Wahl bietet jetzt die Chance zu einer neuen Regierungsmehrheit unter Beteiligung der bosniakischen SDA (17,2 %), der HDZ BiH (8,8 %), der beiden Oppositionsparteien in der RS, der SDS (7,1 %) und PDP (4,6 %), sowie der sozialdemokratischen SDP (8,2 %). Die Partnerparteien der Europäischen Volkspartei (EVP): SDA, HDZ BiH, HDZ 1990, PDP und SDS hatten sich Anfang Juni in einer gemeinsamen Erklärung ausdrücklich zum Reformweg in die EU bekannt, was eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit in einer neuen Regierung sein könnte. Siehe: <https://www.kas.de/de/web/bosnien-herzegowina/einzeltitel/-/content/gemeinsame-deklaration-der-epp-nahen-parteien-in-bosnien-und-herzegowina-fuer-europaeische-werte-und>. Entscheidend wird sein, ob die serbische Opposition gestärkt aus den Wahlen hervorgeht, die bosniakische SDA nach vier Jahren Opposition wieder in die Regierung zurückkehrt und es eine konstruktive Zusammenarbeit gibt.

Besondere Aufmerksamkeit gilt diesmal bei den Wahlen der erstmaligen landesweiten Anwendung neuer Wahltechnologien, für die noch der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft, Christian Schmidt, gesorgt hat, der Ende Juni 2026 aus dem Amt ausgeschieden ist. Sein Amt wird vorübergehend durch seinen Stellvertreter, den US-Diplomaten Louis Crishock, ausgeübt. Vorgesehen sind biometrische Identifikation und Authentifizierung der Wähler durch Ausweis und Fingerabdruck, Scanner zur elektronischen Erfassung der

Stimmzettel sowie die elektronische Übermittlung von Wahlergebnissen. Dies soll Wahlmanipulationen erschweren, die in der Vergangenheit von Beobachtern beklagt wurden. Andererseits erschwert das noch einmal das sowieso schon komplexe Wahlprozedere mit der Vielzahl von Institutionen, die zu wählen sind. Siehe dazu ausführlich:

<https://www.kas.de/de/web/bosnien-herzegowina/einzeltitel/-/content/wahlfaelschung-und-wahlmanipulation-in-bosnien-und-herzegowina>.

Ausblick

Laut Umfragen, die in der Vergangenheit jedoch meist vage waren und von den tatsächlichen Ergebnissen abwichen, liegt die bosniakische SDA mit über 21 % (+ ca. 4 %) vor der sozialdemokratischen SDP mit über 16 % (+ ca. 9 %). In der RS kann die nationalistische SNSD ihre Spitzenposition mit über 34 % halten, wobei die wichtigsten Oppositionsparteien leicht zulegen (SDS: 16 %, + 2 %; PSS/PDP: 12 %, + 1,7 %). Bei den Präsidentschaftswahlen liegt beim bosniakischen Sitz der Amtsinhaber Dr. Denis Bećirović (SDP /Troika-Bündnis) klar vor Bakir Izetbegović, dem Parteivorsitzenden der SDA. Beim serbischen Sitz ist ebenfalls die Amtsinhaberin Željka Cvijanović (SNSD) mit 56 % klar vorne. Beim kroatischen Sitz hat die HDZ BiH Kandidatin Darijana Filipović gute Chancen, nachdem der langjährige Amtsinhaber Željko Komšić nicht mehr antritt, der vorwiegend von Bosniaken gewählt wurde. Bei der regionalen Präsidentschaftswahl in der RS liegt Savo Minić von der regierenden SNSD, der bisher Premierminister der RS war, mit 49 % vor dem Oppositionskandidaten Branko Blanuša (SDS) mit 45 %. Interessant wird sein, welche Auswirkungen der Einsatz der neuen Wahltechnologien auf die Ergebnisse haben wird.

Zentrale Beobachtungsfelder nach der Wahl für die weitere Entwicklung von BiH sind vor allem:

1. Die Kooperation in der neuen Regierung und auf den unterschiedlichen Staatsebenen, insbesondere mit der Teilrepublik RS, um Fortschritte in der politischen Transformation und im Regierungshandeln zu erreichen.
2. Die Einbindung der drei Völkerschaften mit Blick auf einen erfolgreichen Entwicklungsprozess des Landes insgesamt.
3. Eine parteiübergreifende Prioritätensetzung für die Umsetzung der Reformagenda zur Mitgliedschaft in der EU, jenseits natürlich vorhandener politischer und ethnischer Einzelinteressen.
4. Der wirtschaftliche und infrastrukturelle Fortschritt für eine bessere Lebensperspektive der Menschen in BiH.

Die Wahlen am 4. Oktober 2026 können mit einer neuen politischen Konstellation die Entwicklung und Souveränität des Landes befördern, aber auch die bisher vorherrschende Stagnation und Fragilität verlängern. Es gilt die Spaltung im Land mit Blick auf eine gemeinsame bessere Zukunft zu überwinden. Fortschritt und Stabilität hängen maßgeblich davon ab, inwieweit es gelingt, die konstruktive politische Zusammenarbeit zu stärken und das Trennende mit Blick auf die gemeinsame Zukunft zurückzustellen. Die politische Verantwortung liegt jetzt in den Händen der Wähler und Parteien in BiH.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Stephan Georg Raabe
Leiter Auslandsbüro Sarajevo / Bosnien und Herzegowina
<https://www.kas.de/sarajevo>
stephan.raabe@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)